



COVID-19 – Newsletter 34

25.05.2020

Noch immer stehen im Zentrum der derzeitigen Bemühungen der Städte und Gemeinden die drei Handlungsfelder:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig.

Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen. Städten und Gemeinden kam eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung zu.

Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden. Nunmehr beginnt die zweite, ebenso bedeutsame und fordernde Phase des „Hochfahrens“ aller kommunalen Leistungen. Auch in den Mitgliedsstädten und -gemeinden des Österreichischen Städtebundes beginnt wieder der kommunale Alltag – wenn auch auf eine ganz neue Art und Weise.

Der erste Schritt dieser zweiten Phase wurde am 14. April durch die Öffnung von kleinen Geschäften, Baumärkten und Gartencenter, der zweite Schritt am 1. Mai mit dem Ende der Ausgehbeschränkungen und dem Öffnen aller weiteren Geschäfte sowie des Großteils der Dienstleistungen verwirklicht. Es folgte die Öffnung der Schulen und per 29. Mai dann unter anderem der Beherbergungsbetriebe, Freibäder und weitere Teile des Kulturbereichs. Und in der ersten Junihälfte wird abschließend eine vertiefende wissenschaftliche Evaluierung der Corona-Pandemie in Österreich durchgeführt werden und auf Basis dieser Ergebnisse sodann entschieden, ob das Tempo bei den Öffnungen erhöht werden kann. **Zu diesem Zeitpunkt werden wir dann auch diesen Newsletter einstellen und die Online-Plattform als Kommunikations- und Informationsmedium vermehrt einsetzen.**

Die wirtschaftlichen Folgen der notwendigen und erfolgreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung der Fallzahlen wirken sich bereits jetzt auf die Gemeinden aus. Für die Ertragsanteile, insbesondere in den Sommermonaten 2020, ist mit weiteren Einbrüchen, aber auch mit den sonstigen Erträgen der Gemeinden, wie der Kommunalsteuer, zu rechnen. Unsere derzeitige Priorität gilt der Sicherung der Liquidität der Städte und Gemeinden. Aber auch die, mit der Pandemie untrennbar verbundenen, organisatorischen, rechtlichen und sozialen Fragen beschäftigen uns in den letzten Tagen vermehrt. Genauso wie in der ersten Phase, werden die Städte und Gemeinden auch weiter auf die Unterstützung des Österreichischen Städtebundes zählen können. Der folgende Newsletter soll – wie bereits bisher – ein Begleiter im kommunalen Alltag sein und über derzeitige Entwicklungen und Problemlagen informieren sowie Maßnahmen, die bereits von einzelnen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen und Unternehmen gesetzt wurden, sammeln und aufzeigen.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken, verbunden mit der Hoffnung, dass es in naher Zukunft effektive medizinische Behandlungen sowie einen Impfstoff gegen dieses heimtückische Virus gibt!

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gehen wir es wieder an.

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:

https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Regierung schnürt kommunales Investitionspaket	3
3. Gästeanzahl bei Veranstaltungen wird angehoben.....	4
4. Die Woche im Parlament	4
5. EU genehmigt regionale Beihilfen mehrerer Bundesländer	5
6. Regional unterschiedliche Lockerungen lt. BK Kurz denkbar	6
7. Europarat kritisiert Lage in Altersheimen.....	6
8. Armutsbetroffenheit in und nach der Corona-Krise.....	7
9. Problemfall Sommerferien: Wohin mit den Kindern?	7
10. Neue Publikation: "Handbuch COVID-19: Sicheres und gesundes Arbeiten" des BMAFJ.....	8
11. Warum die Corona-Krise ein Blackout zur Folge haben könnte.....	8
12. Corona-Apps: Internetkonzerne geben Staaten die Regeln vor	8
13. Checkliste für Videokonferenzen: Microsoft mahnt deutsche Behörde	9
14. EU-Coronahilfen - EU-Kommission will zum überwiegenden Teil Zuschüsse	9
15. Sperren der Gastronomie führen zu überquellenden Abfalltonnen in Deutschland.....	9
16. Kurzarbeit in Europa in der Coronakrise gefragt.....	9
17. COVID-19 Maßnahmen in Osteuropa – Bericht der EuroComm PR	10
18. Italien startet riesige Antikörperstudie	10
Aus den Bundesländern.....	11
1. Landeshauptleute bei Impfpflicht uneins.....	11
2. Niederösterreich lockert Auflagen für Pflegeheimbesuche.....	11
3. OÖ regelt das Verlassen von Heimen durch BewohnerInnen	11
4. Ruhe vor dem Run auf die Seen	12
5. 50 Prozent aller NÖ Kindergartenkinder im Kindergarten in Betreuung	12
6. Corona-Tests für Hotelpersonal starten in fünf Regionen	12
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden sowie Anfragen und Interna	13
1. Städte und Gemeinden in OÖ fordern volle Abgeltung von COVID-19-Ausfällen.....	13
2. Gemeinde Klosterneuburg verhandelt Notbudget	13
3. 20 Euro für jeden Haushalt in St. Pölten	14
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel	15
1. Europäisches Parlament.....	15
2. Europäische Kommission: zwei EU-Bürgerinitiativen während cov19-Krise.....	15



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **20. Mai 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 218/2020](#)

Änderung der Verordnung über die Maßnahmen bei der Einreise aus Nachbarstaaten

[BGBl. II Nr. 219/2020](#)

Änderung der COVID-Kurzarbeit-Obergrenzen-VO

[BGBl. II Nr. 220/2020](#)

Änderung der Verordnung über das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus SARS-CoV-2 Risikogebieten und der Verordnung über die Einstellung des Schienenverkehrs zu Italien, der Schweiz und Liechtenstein aufgrund des Ausbruchs von SARS-CoV-2

[BGBl. II Nr. 221/2020](#)

Änderung der Sachbezugswerteverordnung

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **22. Mai 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 222/2020](#)

EUNAVFOR MED IRINI - Verordnung

2. Regierung schnürt kommunales Investitionspaket

Ein „Gemeindepaket“ soll die Regionen stärken. Und zwar mit einem Volumen von einer Milliarde Euro. Das teilte die Regierungsspitze - Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler - am Montagvormittag zusammen mit Finanzminister Gernot Blümel sowie im Beisein der Präsidenten des Städtebundes und des Gemeindebundes, den Bürgermeistern Michael Ludwig und Alfred Riedl und dem derzeitigen Vorsitzenden der Landeshauptleuterkonferenz, dem oberösterreichischen Landeshauptmann, Thomas Stelzer, mit

Konkret soll eine Milliarde Euro zur Verfügung stehen, um Gemeinden bei Projekten wie etwa Sanierungen von Schulen, Kindergärten, Senioren- und Behindertenbetreuungseinrichtungen, bei Sportplatzgestaltungen und dem Ausbau von Breitbandinternet unter die Arme zu greifen. Dem Finanzminister zufolge können mit den Mitteln aus dem Paket bestehende sowie neue Investitionen bis zu 50 Prozent gefördert werden; der Einreichungszeitraum für die Forderung endet mit 31. Dezember 2021. Die Verteilung folgt dem Schlüssel des Gemeindepakets von 2017.

Städtebund begrüßt kommunalen Investitionspakt - kurzfristige Finanzhilfe fehlt jedoch

Der Österreichische Städtebund begrüßt das vom Bund beschlossene Investitionspaket. Doch zuvor muss der Einnahmehausfall von Städten und Gemeinden kompensiert werden, sonst bleibt das Investitionsprogramm unwirksam. Wir brauchen dringend eine kurzfristige Finanzhilfe, insbesondere um den Entfall der Kommunalsteuer auszugleichen“, sagte heute Michael Ludwig in seiner Funktion als Präsident des Österreichischen Städtebundes. Etwa 65 Prozent der Bevölkerung und 75 Prozent der Arbeitsplätze befinden sich in Österreichs Ballungsräumen.

Der Österreichische Städtebund hatte – analog zum Vorschlag des deutschen Bundesfinanzministers – eine einmalige Finanzhilfe von einer Milliarde für Städte und Gemeinden gefordert, um akute Liquiditätsprobleme zu lösen. In einer Prognose des KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung werden Einnahmehausfälle bis zu zwei Milliarden erwartet. „Städte und Gemeinden haben einen enormen Beitrag in der Krisensituation geleistet. Die kommunalen Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Müllabfuhr oder soziale Dienste haben wesentlich dazu beigetragen, dass der Alltag in den letzten Wochen funktioniert hat“, sagte Ludwig. „Es ist wichtig, die heimische Wirtschaft durch kommunale



Investitionen anzukurbeln. Doch ein Investitionspaket, das nicht durch kurzfristige Hilfsmaßnahmen begleitet ist, wird sinnlos sein, weil den Städten schlichtweg das Geld fehlt, um zu investieren“, so Ludwig. „Zumindest der Entgang der Kommunalsteuer und die zu erwartenden Rückgänge der Ertragsanteile müssen durch den Bund ersetzt werden, um die Liquidität der Städte und Gemeinden sicherzustellen“, sagte der Städtebund-Präsident. Ein (nicht rückzahlbarer) Finanzzuschuss in der Höhe von einer Milliarde sei die Voraussetzung für ein Kommunales Investitionsprogramm, das nur ein zweiter Schritt sein könne: „Zunächst müssen wir die Städte und Gemeinden durch eine einmalige Finanzhilfe entlasten, damit sie ihrer Rolle als wichtigster heimischer Investor nachkommen können und damit Arbeitsplätze in der Region zu schaffen“, schloss Ludwig.

Pressemeldungen dazu:

- <https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/aktuelles-details/artikel/staedtebund-begruessst-kommunalen-investitionspakt-kurzfristige-finanzhilfe-fehlt/>
- <https://orf.at/stories/3167013/>
- <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/regierung-schnuerte-gemeindepaket-in-hoehe-von-einer-milliarde-euro-88020148>
- <https://www.diepresse.com/5818196/eine-milliarde-forderung-fur-gemeinden-staat-sind-wir-alle>
- <https://www.kleinezeitung.at/service/newsticker/5818274/Eine-Mrd-Euro-Zuschuss-fuer-Staedte-und-Gemeinden>
- <https://www.derstandard.at/story/2000117680984/staedte-und-gemeinden-erhalten-eine-milliarde-fuer-investitionen>

3. Gästeanzahl bei Veranstaltungen wird angehoben

Ab Freitag sind Kulturveranstaltungen mit bis zu 100 Menschen im Publikum wieder erlaubt. Am 1. Juli wird dieses Limit auf 250 erhöht, am 1. August auf 500. Mit einem genehmigten Sicherheitskonzept sind ab August auch wieder bis 1.000 Menschen im Publikum erlaubt. Die Regeln gelten für Veranstaltungen im Inneren mit Sitzplätzen. Beim Kulturneustart muss nicht immer ein Mindestabstand von einem Meter eingehalten werden. Wie die frischgebackene Grünen-Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer heute mitteilte, reicht es etwa in Theatern mit engen Sitzreihen, wenn jeder zweite Sitzplatz frei bleibt. Dann sei im Gegenzug aber unbedingt ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen. „Ich denke mir, halbwegs gute und gut besuchte Veranstaltungen mit Maske sind besser als fast leere Säle mit weit auseinandersitzenden Gästen ohne Maske“, sagte Mayer. Auf der Bühne müsse, sofern es die berufliche Tätigkeit erfordere, kein Mindestabstand eingehalten werden.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3167051/>

4. Die Woche im Parlament

Nach den sechstägigen Ausschussverhandlungen liegt das von Türkis-Grün noch vor der Corona-Krise vorgelegte Budget 2020 zur finalen Beratung und Beschlussfassung im Nationalratsplenum bereit. Für die Debatte über den Haushaltsentwurf, den Bundesfinanzrahmen und das Budgetbegleitgesetz sind von Dienstag bis Donnerstag drei Nationalratssitzungstage anberaumt. Am Freitag ist eine Erklärung des Bundeskanzlers und Vizekanzlers zur Ernennung von Andrea Mayer zur neuen Staatssekretärin für Kunst und Kultur geplant. Beschlossen werden sollen ferner weitere COVID-19-Gesetze wie der NPO-Fonds für gemeinnützige Organisationen und das Gastronomie-Hilfspaket. Zudem soll die Verlängerung des Ibiza-Untersuchungsausschusses einer Dritten Lesung unterzogen und damit endgültig fixiert werden.

Dienstag, 26. Mai 2020

09.00 Uhr: Der Nationalrat läutet die abschließenden Verhandlungen über das Budget 2020 mit einer Generaldebatte zum Budgetbegleitgesetz ein. Das 19. COVID-19-Gesetz (Gastronomie-Paket), das 21. COVID-19-Gesetz (Zugang zum Krisenbewältigungsfonds für BilanzbuchhalterInnen), die Finanz-Organisationsreform und ein Antrag der NEOS für mehr Transparenz im Budget werden mit dem Budgetbegleitgesetz mitverhandelt.



Die Beratungen zum Bundesfinanzgesetz 2020 sowie zum Bundesfinanzrahmen starten dann im Plenum mit den jeweils zuständigen MinisterInnen traditionellerweise mit den sogenannten Obersten Organen, darunter die Budgets für das Parlament, den Verfassungs- und den Verwaltungsgerichtshof, die Präsidentschaftskanzlei, die Volksanwaltschaft und den Rechnungshof. An diesem Tag stehen zudem Kunst und Kultur, Äußeres, Justiz sowie Inneres auf der Tagesordnung. An diesem Tag könnte auch der Geschäftsordnungsausschuss zusammentreten, um jenen Antrag der FPÖ zu behandeln, in dem die Freiheitlichen die Einsetzung eines COVID-19-Untersuchungsausschusses fordern.

Mittwoch, 27. Mai 2020

09.00 Uhr: Der Nationalrat führt die finalen Beratungen über das Budget 2020 mit den Budgetkapiteln Innovation und Technologie (Forschung), Mobilität, Klima, Umwelt und Energie, Militärische Angelegenheiten und Wirtschaft sowie der dazugehörigen Forschungsagenden fort. Zudem befassen sich die Abgeordneten mit den Bundesvoranschlägen für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Bildung sowie Wissenschaft und Forschung.

14.30 Uhr: Der Sozialausschuss hat eine Sitzung geplant. Debattiert werden soll u.a. eine Novelle zum Arbeitsmarktservicegesetz, die eine Vereinfachung der Lohnabrechnung bei Inanspruchnahme des COVID-19-Kurzarbeitsmodells zum Ziel hat. Auf der Tagesordnung stehen zudem zwei von SPÖ und FPÖ im Bundesrat gemeinsam gestartete Gesetzesinitiativen. Zum einen geht es um die Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe, zum anderen um eine Ausweitung der Freistellungsregelung für Beschäftigte, die durch das Coronavirus besonders gefährdet sind.

Donnerstag, 28. Mai 2020

09.00 Uhr: Der Nationalrat debattiert über die letzten Punkte des Budgets 2020 und schließt die parlamentarischen Verhandlungen am Ende des dritten Plenartages mit den Schlussabstimmungen ab. Am Programm stehen die Budgetkapitel Frauen und Gleichstellung, Arbeit, Familie und Jugend, Soziales, Pensionsversicherung, Konsumentenschutz und Gesundheit. Vor der Schlussabstimmung vertritt der Finanzminister die Budgetansätze für die einzelnen Bereiche seines Ressorts.

Freitag, 29. Mai 2020

09.00 Uhr: Bundeskanzler und Vizekanzler geben im Nationalrat voraussichtlich eine Erklärung zur Ernennung von Andrea Mayer zur neuen Staatssekretärin für Kunst und Kultur ab. Sie hat das Amt von ihrer Vorgängerin Ulrike Lunacek übernommen. Im Anschluss an die Erklärung findet eine Debatte statt. Auf der Tagesordnung stehen zudem etwa der NPO-Fonds, eine Änderung des Biozidproduktegesetzes, das Strahlenschutzgesetz, internationale Abkommen und zahlreiche Entschließungsanträge u.a. zu COVID-19. Am Ende des vierten Plenartages findet eine Dritte Lesung über die Verlängerung des Ibiza-Untersuchungsausschusses statt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Plenartagen finden Sie auf der Website des Parlaments (www.parlament.gv.at/PAKT/PR/).

5. EU genehmigt regionale Beihilfen mehrerer Bundesländer

Die EU-Kommission hat mehrere regionale Beihilferegulungen von Kärnten, der Steiermark, Tirol, Oberösterreich und Wien genehmigt. Sie dienen dazu, Unternehmen in der Pandemie zu unterstützen und die Erforschung und Entwicklung von Virentests und Impfstoffen sowie Beatmungsgeräten und persönlicher Schutzausrüstung zu fördern, wie die EU-Behörde am Mittwoch mitteilte. Die Beihilfen im Umfang von insgesamt 84 Millionen Euro sollen in Form von Zuschüssen, Kapitaleinlagen oder Vorauszahlungen gewährt werden. Sie wurden auf der Grundlage des neuen, befristeten Beihilferahmens der EU genehmigt, der mehr Flexibilität ermöglicht.



6. Regional unterschiedliche Lockerungen lt. BK Kurz denkbar

Die Landeshauptleute von Oberösterreich und Kärnten, Thomas Stelzer und Peter Kaiser, werden ein Konzept für regionale Lockerungen von Coronamaßnahmen ausarbeiten. Das kündigte Kaiser am Montag in einer kurzfristig einberufenen Video-Pressekonferenz. Er verwies auf niedrige Zahlen im Land: Aktuell gab es in Kärnten offiziell zwei Infizierte und seit 20 Tagen keine Neuinfektion.

Als Beispiele für regional umsetzbare Lockerungen nannte Kaiser Erleichterungen bei der Maskenpflicht - bei Kindern oder Dienstleistern, die mit Mund-Nasen-Schutz im Sommer unter der Hitze leiden würden, außerdem die Wiedereinführung des Turnunterrichts in den Pflichtschulen, mehr TeilnehmerInnen für Begräbnisse, Mannschaftssport auch mit Körperkontakt und Proben von Blasmusikern. Die Vorschläge sollen bei der nächsten Videokonferenz der Landeshauptleute mit der Bundesregierung bewertet werden, sagte Kaiser.

Seitens der Bundesregierung gibt es Verständnis für das Anliegen Kaisers nach einem regional unterschiedlichen Vorgehen bei der Lockerung der Corona-Maßnahmen. "Das ist eine Debatte, die wir führen werden müssen", sagte er bei einer Pressekonferenz. Nach der Phase des allgemeinen Lockdowns brauche es mehr Eigenverantwortung, Hausverstand, möglichst einfache Regeln und auch ein Eingehen auf regional unterschiedliche Situationen.

Die Stadt Wien reagierte vorerst zurückhaltend. Aus dem Büro von Bürgermeister Michael Ludwig heißt es, es gebe noch sehr viele offene Fragen, die nach der Ankündigung des Kanzlers im Raum stünden. Etwa jene, welche Regionen in Zukunft unterschiedlich behandelt werden könnten: Werde zwischen politischen Bezirken oder Bezirken, von denen es in Wien 23 gibt, differenziert? Geht es um die unterschiedliche Behandlung von Stadt und Land oder um die Bundesländergrenzen? Auch sei noch offen, welche Lockerungen oder Maßnahmen überhaupt gemeint seien und auf welcher Grundlage die Ungleichbehandlung geschehen solle. Man sei "gespannt" auf eine Konkretisierung. Jedenfalls, so heißt es aus dem Rathaus, dürften allfällige regionale Ungleichbehandlungen nur "auf Basis wissenschaftlich und medizinisch fundierter Recherche" fallen.

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000117668459/kurz-will-regional-unterscheiden-wien-wartet-ab>

7. Europarat kritisiert Lage in Altersheimen

Die Menschenrechtskommissarin des Europarats hat die Reaktion einiger europäischer Staaten auf die Coronavirus-Pandemie in sozialen Pflege- und Altersheimen scharf kritisiert und sieht Nachbesserungsbedarf. Die hohe Sterblichkeit in den Heimen sei auch auf schlechte Vorbereitung der Einrichtungen und ihre mangelnde Unterstützung zurückzuführen, teilte Dunja Mijatovic am Mittwoch mit. Der zuvor schon problematische Personalmangel, fehlende Schutzausrüstung für die Angestellten und unzureichende Koordination zwischen Krankenhäusern und Heimen hätten dazu geführt, dass die Gesundheitskrise dort besonders dramatische Auswirkungen habe, so Mijatovic.

Wie Berichte aus mehreren europäischen Staaten gezeigt hätten, sei das Krisenmanagement in vielen Ländern mitunter "chaotisch" und das Pflegepersonal zu oft auf sich allein gestellt gewesen, betonte die Menschenrechtskommissarin. Die Situation werfe berechtigte Zweifel auf, ob alle, die in einer Langzeitpflegeeinrichtung starben, Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung gehabt hätten. "Älteren Personen wurde möglicherweise auch die Behandlung in Krankenhäusern zweckwidrig verweigert, selbst wenn noch Plätze verfügbar waren", schrieb Mijatovic. Entsprechende Vorwürfe gegen Kliniken und Pflegeeinrichtungen gab es demnach in Frankreich, Spanien und Schweden.

Die Menschenrechtskommissarin forderte die europäischen Staaten auf, aus den bisherigen Fehlern zu lernen. Neben Zugang zu persönlicher Schutzausrüstung und dem systematischen Testen des Pflegepersonals müssten die Angestellten zusätzlich geschult und entsprechend vergütet werden, verlangte Mijatovic.

Der Europarat hat seinen Sitz im französischen Straßburg und kümmert sich um die Einhaltung und Umsetzung der Menschenrechte. In Frankreich sind die sozialen Pflege- und Altenheime von der Pandemie besonders hart getroffen. Gut ein Drittel der mehr als 28.000 Todesfälle wurde dort in den Einrichtungen registriert. Auch in Italien und Spanien hatte das Virus dramatische Auswirkungen in den Heimen



8. Armutsbetroffenheit in und nach der Corona-Krise

2018 waren in Österreich 14,3 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, das sind mehr als 1,2 Millionen Menschen. Die aktuelle Corona-Krise hat diese Armutsbetroffenheit erhöht und verschärft. Zur Untermauerung dieser These sei an drei aktuelle Entwicklungen erinnert.

Erstens nahm die Zahl der Arbeitslosen in den letzten zwei Monaten deutlich zu. Ende April 2020 waren mehr als 522.000 Personen als arbeitslos vorgemerkt. Das entspricht einem Zuwachs von 76 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 43 Prozent des Anstiegs seit dem 16. März entfielen auf Personen, die maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen: und damit auf eine Gruppe, deren Position am Arbeitsmarkt schon vorher prekär war. Da das Arbeitslosengeld lediglich 55 Prozent des früheren Erwerbseinkommens beträgt, sind die Folgen des Einkommensverlusts für diese Gruppe enorm.

Zweitens erhöhte sich in den letzten Wochen die Nachfrage nach Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung drastisch. Dabei handelt es sich vor allem um „Aufstocker“, also Personen, deren Einkommen unter der Mindestsicherungsgrenze liegen und die daher Anspruch auf einen Ergänzungsbetrag haben. Auch Sozialorganisationen berichten von einem überproportionalen Ansturm auf ihre Hilfeleistungen: Weitere Zeugnisse der Einkommenseinbußen durch die Corona-Krise.

Drittens war ein Teil der SchülerInnen während der Phase des Home Schooling nicht erreichbar. Die notwendige technische Ausstattung für das Distanzlernen stand in vielen Haushalten nicht (ausreichend) zur Verfügung. Gerade auch in armutsbetroffenen Haushalten fehlte es zudem oft am (ruhigen) Platz zum Lernen: Hinweise darauf, dass sozialer Aufstieg in Österreich (noch) schwieriger geworden ist.

Die ökonomischen Konsequenzen der Corona-Krise sind ungleich verteilt, weil nicht alle Gruppen gleichermaßen von Lock-down, Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen sind. Zudem verfestigen etliche der in Österreich jetzt genutzten Sozialleistungen, vor allem das Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe, aber auch die Kurzarbeit, die bereits bestehenden Einkommensungleichheiten: die genannten Leistungen knüpfen am vorherigen Verdienst an. Jene, die vor der Krise schon wenig verdient haben, beziehen auch in der Krise geringere Unterstützungsleistungen als jene, die mehr verdient haben.

Die vollständige Analyse von Univ.Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Karin Heitzmann (WU Wien) finden Sie unter folgendem Link:
<https://www.diepresse.com/5818031/armutsbetroffenheit-in-und-nach-der-corona-krise>

9. Problemfall Sommerferien: Wohin mit den Kindern?

Niemand weiß, ob Pfadfinderlager, Camps und Co. stattfinden. Kaum hat sich der Schulalltag halbwegs wieder eingestellt, zeichnet sich schon das nächste Problem für Eltern ab: Die Sommerferien rücken näher. Viele stehen vor der Frage, wer sich um die Sprösslinge kümmert, wenn Schulen und Kindergärten zu haben, der Urlaub aufgebraucht und auch Oma und Opa dieses Jahr ausfallen.

"Niemand gibt uns Auskünfte. Wir wissen nicht, welche Regelungen gelten. Betreffend Jugendlager gibt es keine Aussagen von der Regierung", sagt der Präsident der Pfadfinder in Niederösterreich Helmut Salat. Im Moment wisse man überhaupt nicht, ob die meist einwöchigen Sommerlager überhaupt stattfinden können. Dabei gerate man immer mehr unter Zeitdruck, "wir müssen jetzt mit der Organisation anfangen. Auch die Eltern fragen die ganze Zeit nach, wie es denn nun aussieht. Auch sie müssen planen." Alleine die nö. Pfadfindergruppen führten im letzten Jahr 140 Lager mit rund 4.000 TeilnehmerInnen durch. Salat erwartet sich eine klare Empfehlung von der Regierung – und das möglichst rasch. Mit ähnlichen Problemen sieht sich auch die Katholische Jungschar konfrontiert, die nun auch ihre Sommerlager organisieren müsste. Bundesvorsitzende Barbar Gruner fordert klare Regelungen von Seiten der Regierung. "Die Verantwortung darf nicht auf die einzelnen ehrenamtlichen GruppenleiterInnen in den Pfarren abgewälzt werden", betont sie.



Aber nicht nur ehrenamtliche Organisationen wie die Pfadfinder und die Katholische Jungschar hängen in der Luft, das betrifft auch die Kinderfreunde, die im letzten Sommer 3.000 Kinder in ihren Camps betreut haben. Ob das heuer möglich sein wird, weiß Bundesgeschäftsführer Daniel Bohmann sechs Wochen vor Ferienbeginn noch nicht. Die Verunsicherung herrscht auch in den Gemeinden. Viele sahen sich gezwungen, ihre Ferienaktivitäten für Kinder abzusagen, wie etwa die nö. Stadtgemeinde Zwettl. Erstmals seit 20 Jahren gibt es kein Ferienspiel, bei dem Kindern zumindest tageweise ein betreutes Programm geboten wird. Andere Gemeinden hingegen organisieren zusätzliche Betreuung für die Wochen in denen die Kindergärten zu haben, wie etwa Traiskirchen oder Bad Vöslau.

Mehr dazu: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/problemfall-sommerferien-wohin-mit-den-kindern/400848026>

10. Neue Publikation: "Handbuch COVID-19: Sicheres und gesundes Arbeiten" des BMAFJ

Das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend hat gemeinsam mit der Arbeitsinspektion ein neues Handbuch zum Thema "COVID-19: Sicheres und gesundes Arbeiten" aufgelegt. Darin werden Empfehlungen für ein sicheres und gesundes Miteinander in der Arbeitswelt gegeben und es sollen damit die Unternehmen unabhängig von der Betriebsgröße dabei unterstützt werden, bei der schrittweisen Wiedereröffnung ihrer Betriebe die erforderlichen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz einzuhalten. Eine Checkliste für die Maßnahmen zur Minimierung des Infektionsrisikos der Arbeitnehmer mit COVID-19 dient insbesondere als Hilfestellung für Klein- und Mittelbetriebe. Nachfolgend finden Sie das neue Handbuch des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend (BMAFJ) und der Arbeitsinspektion zum Thema "COVID-19: Sicheres und gesundes Arbeiten"

Mehr dazu: <https://www.bmafj.gv.at/Services/News/Handbuch-COVID-19--Sicheres-und-gesundes-Arbeiten.html>

11. Warum die Corona-Krise ein Blackout zur Folge haben könnte

ExpertInnen rechnen binnen fünf Jahren mit einem Blackout in Österreich. Dass die Coronakrise ein Blackout begünstigen könnte, zeigt ein aktueller Fall aus Großbritannien. Dort musste ein zentrales Kraftwerk heruntergefahren werden, weil die Bevölkerung coronabedingt nicht genug Strom verbrauchte

Mehr dazu: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/warum-die-corona-krise-ein-blackout-zur-folge-haben-koennte/400848221>

12. Corona-Apps: Internetkonzerne geben Staaten die Regeln vor

Die Corona-Pandemie hat den Alltag in Europa verändert. Über Wochen galten strenge Kontaktsperrungen. Jetzt werden die Maßnahmen gelockert. Damit sich das Virus nicht wieder schnell ausbreiten kann, planen viele Staaten die Installation von Smartphone-Apps. Eine entscheidende Rolle spielen dabei aber die Anbieter der Smartphone-Betriebssysteme: Die US-Konzerne Google und Apple müssen das Programm auf Geräten mit ihren Systemen zulassen und eine Schnittstelle öffnen. Dafür stellen sie Bedingungen: Sie wollen, dass möglichst viele Daten auf den Geräten bleiben, also dezentral gespeichert werden. Manche Staaten bevorzugen aber eine zentrale Speicherung.

Die Angelegenheit wirft große Fragen auf: Wer hat die Macht darüber, unter welchen Bedingungen sich das Leben in Europa und vielen Staaten weltweit wieder normalisieren kann? Können US-Konzerne den Rahmen vorgeben, in dem europäische Staaten mit Technologien gegen das Coronavirus vorgehen, und unterwandern sie damit demokratische Strukturen?

Mehr dazu: <https://uvsvereinigung.wordpress.com/2020/05/25/corona-apps-internetkonzerne-geben-staaten-die-regeln-vor/>



13. Checkliste für Videokonferenzen: Microsoft mahnt deutsche Behörde

Die Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit hat während der Kontaktbeschränkungen eine Checkliste für die Durchführung von Videokonferenzen veröffentlicht. Allerdings warnt die Behörde auch vor dem Einsatz verschiedener Programme, darunter Microsoft Teams, Skype und Zoom. Jetzt mahnt Microsoft die Behörde. In einem Abmahnschreiben wird die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Maja Smolczyk aufgefordert, die Checkliste aus dem Internet zu entfernen und zu korrigieren. Derzeit prüfe man noch den Inhalt, erklärte eine Sprecherin.

Mehr dazu: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/warnung-vor-teams-skype-und-zoom-berlins-datenschutzbeauftragte-beugt-sich-vorlaeufig-microsoft/25841622.html>

14. EU-Coronahilfen - EU-Kommission will zum überwiegenden Teil Zuschüsse

Die EU-Kommission wird "zum überwiegenden Teil Subventionen" für ihren Wiederaufbauplan am Mittwoch vorsehen. Wie der EU-Kommissionsvertreter in Wien, Martin Selmayr, am Montag weiter sagte, werde die EU-Kommission einen Wiederaufbauplan in Höhe von 500 Milliarden Euro und einen EU-Finanzrahmen im Umfang von rund einer Billion Euro vorschlagen.

Die "Sparsamen Vier" Nettozahler Österreich, Niederlande, Dänemark und Schweden hatten am Wochenende auf zwei Jahre befristete und rückzahlbare Notkredite für die EU-Wiederaufbauhilfen verlangt, was etwa von Italien heftig kritisiert wurde. "Der überwiegende Teil werden Subventionen sein", sagte Selmayr. Dies ergebe sich aus dem EU-Budget, das zum Großteil aus Zuschüssen bestehe, und andererseits aus dem Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom 23. April, das EU-Budget für den Wiederaufbau zu nutzen. Das genaue Verhältnis von Subventionen und Krediten - 60 zu 40 Prozent oder 70 zu 30 Prozent - sei noch zu klären, sagte Selmayr. Dass die "Sparsamen Vier" eine Begrenzung der Nothilfen auf zwei Jahre forderten, ist für Selmayr kein Widerspruch. Auch die EU-Kommission wolle die Wiederaufbau-Hilfen bis 2022 laufen lassen. "Wenn es zu keiner zweiten Welle kommt, sind zwei Jahre ausreichend."

15. Sperren der Gastronomie führen zu überquellenden Abfalltonnen in Deutschland

In vielen deutschen Städten hat sich die Müllmenge im Vergleich zu Vor-Corona-Zeiten beinahe verdoppelt. Grund dafür sind die aufgrund der Corona-Krise teilweise noch immer geschlossenen Restaurants. Viele Menschen bestellten Speisen zum Mitnehmen und setzten sich zum Essen in benachbarte Parks und auf öffentliche Plätze. Die Takeaway-Verpackungen bringen dann jedoch die öffentlichen Müllkübel zum Überlaufen. Um den Abfall zu entsorgen, führen unter anderem die Berliner und Münchner Straßenreinigung zusätzliche Intensivreinigungen durch. In Frankfurt kostet die zusätzliche Sonderschicht am Wochenende für vier Wochen 60.000 Euro. Zudem wird auch mehr Müll achtlos entsorgt. Neben der Verschmutzung öffentlicher Plätze und den damit verbundenen Kosten verschmutzt der Müll auch die Umwelt. So wird auch das Thema Nachhaltigkeit in der Krise stark vernachlässigt.

Mehr dazu: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/wie-verpackungsmuell-die-papierkoerbe-der-innenstaedte-ueberquellen-laesst-16775902.html>

16. Kurzarbeit in Europa in der Coronakrise gefragt

Die Coronakrise hat in Europa die Arbeitsmärkte voll erfasst, wie sich neben den hohen Arbeitslosenzahlen auch in der starken Nachfrage nach Kurzarbeit zeigt. Alleine in den fünf größten Volkswirtschaften Europas seien 40 Millionen Menschen in Kurzarbeit, teilte die Agenda Austria am Montag mit. Anteilsmäßig liege Österreich an zweiter Stelle, nur in der Schweiz ist der Anteil höher.



Der Anteil der Kurzarbeit in Prozent der Erwerbwilligen (Arbeitskräftepotenzial: Erwerbstätige und Arbeitslose) lag den Agenda-Austria-Angaben zufolge in Österreich im April bei 29 Prozent, in der Schweiz waren es 40,1 Prozent. An dritter Stelle der insgesamt sieben untersuchten Länder befand sich Belgien (25,8 Prozent), gefolgt von Irland (25,4 Prozent) und Deutschland (23,8 Prozent). Am geringsten war der Kurzarbeitsanteil in Schweden mit 9,4 Prozent.

Der Anteil der seit März Arbeitslosen lag in Österreich bei 4,2 Prozent und damit am höchsten. Dahinter folgten Großbritannien und Spanien mit je 2,6 Prozent. Die geringsten Werte wiesen Belgien (0,5 Prozent), Deutschland (0,6 Prozent) und Schweden (0,7 Prozent) auf. Bereits vorher arbeitslos waren in Österreich 7,4 Prozent des Arbeitskräftepotenzials. Deutlich mehr waren es etwa in Spanien (14,2 Prozent) und Belgien (9,4 Prozent). Am besten schnitten hier Schweden und Großbritannien mit je 3,9 Prozent ab, wie aus der Untersuchung der wirtschaftsliberalen Denkfabrik Agenda Austria hervorgeht.

Um den Arbeitsmarkt zu entlasten und Menschen in Beschäftigung zu bringen, brauche es nicht nur eine Subvention bestehender Arbeitsverhältnisse, sondern auch einen Anreiz für Neueinstellungen, bekräftigte Agenda-Austria-Ökonom Denes Kucsera. Die Agenda Austria hat in der Vorwoche eine Studie für die Weiterentwicklung der Kurzarbeit und eine Förderung für die Schaffung neuer Jobs präsentiert. Vorgeschlagen wurde darin unter anderem die befristete Streichung der Sozialbeiträge für neu geschaffene Arbeitsplätze. Eine mögliche Verlängerung der Kurzarbeit, für die die Sozialpartner plädierten, sollte mit einer schrittweisen Zurücknahme der Subvention einhergehen. Bei längerer Nutzung der Kurzarbeit könnte der Staat z.B. nur mehr bis zu 70 Prozent der Arbeitskosten übernehmen. Derzeit ist es möglich, die Arbeitszeit um bis zu 90 Prozent zu reduzieren. "Um die langsame Erholung zu stimulieren, könnte die Kurzarbeit künftig etwa nur noch für Arbeitszeit-Reduktionen von bis zu 50 Prozent ermöglicht werden", so die Empfehlung. Insgesamt seien in Österreich Mitte Mai 1,3 Millionen ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit gewesen. In Deutschland beispielsweise waren es laut Agenda Austria Ende April 10,1 Millionen gewesen, in Großbritannien 6,3 Millionen, in Spanien 4 Millionen und in der Schweiz 1,9 Millionen.

17. COVID-19 Maßnahmen in Osteuropa – Bericht der EuroComm PR

Auch in den östlichen Staaten der EU sowie auf dem Balkan kämpft man derzeit mit der Eindämmung des Coronavirus sowie mit den teilweise verheerenden wirtschaftlichen Folgen. Auch hier sind es insbesondere Städte und Gemeinden, die trotz finanzieller Einbrüche die kritische Infrastruktur aufrechterhalten. In **Beilage1** finden Sie einen Bericht zur derzeitigen Situation in den Städten **Belgrad, Bratislava, Budapest, Krakau Ljubljana, Prag, Sarajevo, Sofia und Zagreb**.

Mehr dazu in **Beilage1**

18. Italien startet riesige Antikörperstudie

In Italien startet am Montag eine Antikörpertest-Studie mit rund 150.000 TeilnehmerInnen, um die Dunkelziffer der Coronavirus-Infizierten zu ermitteln. Das Gesundheitsministerium und die Statistikbehörde wollen mit dem nationalen Roten Kreuz Blutttests von Freiwilligen aus 2.000 Orten nehmen. Indes nutzen viele ItalienerInnen die gelockerten Maßnahmen für Strandbesuche und nächtliche Feiern – zum Missfallen vieler PolitikerInnen.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3166965/>



Aus den Bundesländern

1. Landeshauptleute bei Impfpflicht uneins

Lange bevor eine Impfung gegen das Coronavirus bzw. Covid-19 vorliegt, hat Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer mit seinem Vorpreschen für eine Impfpflicht, "sobald ein sicherer und ausreichend getesteter Impfstoff zugelassen ist", eine Debatte angestoßen. Die Landeshauptleute aus dem Burgenland und der Steiermark pflichteten ihm bei, aus Kärnten und Salzburg äußerten sich jedoch gegenseitige Stimmen. Gesundheitsminister Rudolf Anschober versicherte, es werde keine Impfpflicht in Österreich geben.

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000117623931/impfpflicht-gegen-corona-ja-oder-nein>

2. Niederösterreich lockert Auflagen für Pflegeheimbesuche

Die niederösterreichische Soziallandesrätin Christiane Teschl-Homeister hat am Freitag weitere Lockerungen für die Besuche in Pflege- und Betreuungszentren sowie Pflegeförderzentren vorgestellt. Ab sofort können laut einer Aussendung berufstätigen Personen auch Besuchszeiten am späten Nachmittag gewährt werden. Besuche im Freien können laut der Landesrätin je nach Ressourcen des Hauses zeitlich individuell vergeben werden. Damit werde auch die Möglichkeit geschaffen, Besuche von mehreren Personen gleichzeitig zu empfangen. Die Besuchszeiten in Pflege- und Betreuungszentren seien bei ausreichender Raumgröße auf maximal 30 Minuten verlängert worden.

Trotz der Tatsache, dass ältere Menschen in Bezug auf das Coronavirus als Hochrisikogruppe gelten, ist für Teschl-Hofmeister klar, "dass es für diese Menschen enorm wichtig ist, den Kontakt zu ihren Angehörigen aufrecht zu halten und sie regelmäßig zu sehen". Kontaktloses Fiebermessen, das Tragen von Mund-Nasen-Schutz, Abstandhalten und das Desinfizieren der Hände seien weiterhin Pflicht.

3. OÖ regelt das Verlassen von Heimen durch BewohnerInnen

Nachdem das Besuchsverbot in Alten- und Pflegeheimen sowie in Behinderteneinrichtungen bereits vor gut zwei Wochen gelockert worden ist, hat das Land Oberösterreich am Mittwoch auch konkrete Regeln für das Verlassen dieser Einrichtungen durch die BewohnerInnen festgelegt. Zuvor hatte es aus dem Pflegebereich Kritik an mangelnder Rechtssicherheit gegeben. "Es heißt immer öfters, der Bewohner bzw. die Bewohnerin habe ein Recht auf Freiheit und dürfe daher auch das Heim verlassen, etwa zum Besuch eines Gastgartens oder der Familie. Aber der Schutz der BewohnerInnen und des Personals ist weiter wichtig", schilderte Martin König, Geschäftsführer der "Soziales Netzwerk GmbH", in den "Oö. Nachrichten" (Mittwoch-Ausgabe) das Dilemma der Pflegekräfte. "BesucherInnen müssen nach wie vor hohe Schutzmaßnahmen erfüllen, doch im Gegensatz dazu sollten BewohnerInnen dann einfach so von draußen wieder ins Heim, ihr Zuhause, zurückkommen können?". Darauf vermisse er Antworten.

Die einzige Maßnahme, mit der man das Risiko ausschließen könnte, wäre eine 14-tägige Quarantäne, das sei den BewohnerInnen aber "nicht zumutbar", hieß es in einer Presseaussendung von LH Thomas Stelzer und Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer am Nachmittag. Das Land habe daher die Regeln für den Ausgang konkretisiert, die Vorgaben gelten bereits ab Mittwoch. Um die Rückverfolgung von Infektionsketten sicherstellen zu können, muss die Heimleitung über die geplanten Aktivitäten informiert werden. BewohnerInnen und externe Begleitpersonen sind in den allgemeinen Schutz- und Hygienemaßnahmen - Abstand halten, Tragen von Mund-Nasenschutz etc. - zu unterweisen. Zudem müssen die Begleitpersonen bestätigen, dass keine Infektionskrankheiten oder Covid-19 Symptome vorliegen.



4. Ruhe vor dem Run auf die Seen

Normalerweise wäre die Badesaison seit Anfang Mai voll im Gange. Da pandemiebedingt die Freibäder erst Ende Mai öffnen, sind derzeit frei zugängliche Naturgewässer die einzige Alternative: Das ist etwas für jene, die es frisch lieben – oder mit Neoprenanzug. Der Vorteil: Wer sich jetzt in die Fluten wirft, hat das Vergnügen noch recht exklusiv für sich.

In Oberösterreich, das an seinen zahlreichen Seen und Flüssen auch relativ viele frei zugängliche Badeplätze aufweist, konnte man auf ORF.at-Nachfrage noch nicht abschätzen, wie sich der Andrang im Sommer entwickeln wird. Allerdings würden an den Badeplätzen im Landesbesitz „Hinweistafeln mit den Empfehlungen des Bundes – allgemein (Abstand halten, Hygiene-Maßnahmen, Nasen-Mund-Schutz, etc.) bzw. falls es spezifische Empfehlungen für Orte gibt (z. B. Stege etc.) – angebracht“. Weitere Maßnahmen sind derzeit nicht geplant.

In Wien verwies man im Büro der zuständigen Stadträtin Ulli Sima auf die mehr als 60 Kilometer frei zugänglichen Badestrände. Maßnahmen seien keine geplant, zeigte man sich zuversichtlich, dass es genug Freiflächen geben werde. Dass dieser Badesommer pandemiebedingt ein besonderer wird, steht freilich auch für die Stadtregierung fest. Auch in Niederösterreich gilt, dass man „stark auf die Eigenverantwortung der Gäste“ setzt. Aufgrund der vorgeschriebenen Beschränkung der Personenzahl werden aber Saisonkarten für einzelne Badeteiche, wie etwa jene in Laxenburg oder Guntramsdorf, nur an Ortsansässige verkauft.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3166133/>

5. 50 Prozent aller NÖ Kindergartenkinder im Kindergarten in Betreuung

Während die Schule den Betrieb wieder langsam hochfährt, gilt in den Kindergärten weiter, dass jede Familie für ihr Kind bzw. ihre Kinder Betreuung in Anspruch nehmen kann, wenn sie das möchte. Die Betreuungsleistungen für Kinder stehen - wie auch schon während der Corona-Krise - für alle Kinder zur Verfügung. „Derzeit besuchen durchschnittlich rund 50 Prozent aller Kindergartenkinder wieder den Kindergarten. Kinder, die im letzten Kindergartenjahr sind und einen erhöhten Förderbedarf haben, sind außerdem explizit dazu eingeladen wieder in den Kindergarten zu kommen“, erklärt Bildungs-Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister. Rund 26.500 Kinder waren in dieser Woche in den NÖ Landeskindergebäuden durchschnittlich anwesend.

Im Kindergartenbetrieb wird zudem weiterhin darauf geachtet, kleine Gruppengrößen zu organisieren und in engem Austausch mit den Gemeinden zu arbeiten. So werden in den NÖ Kindergärten die Kinder bis auf Weiteres entsprechend der Empfehlungen des Bundes in kleinen Teilgruppen unter Nutzung aller zur Verfügung stehender Räume und Betreuungspersonen und unter Einhaltung der empfohlenen Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen betreut. Explizite Einladungen den Kindergarten ab 18. Mai wieder vermehrt zu besuchen ergingen an die Kinder im verpflichtenden Kindergartenjahr. Ihnen soll ermöglicht werden, ihre Kindergartenzeit mit positiven Erlebnissen abschließen zu können. Auch Kinder mit erhöhtem Förderbedarf - besonders im Bereich der Sprachförderung - wurden eingeladen, wieder vermehrt in den Kindergarten zu kommen. Die Letztentscheidung, ob die Kinder in den Kindergarten gehen oder nicht, liegt weiterhin bei den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten.

6. Corona-Tests für Hotelpersonal starten in fünf Regionen

Mit dem Aufsperrern der Hotels beginnen am Freitag in fünf Modellregionen flächendeckende Corona-Tests für die HotelpersonalInnen. Oberösterreich sowie Salzburg, das Burgenland und Wien gehen dabei leer aus. Die betroffenen Hoteliers äußerten Ärger über die Bevorzugung bestimmter Regionen. Im Tourismusministerium wird darauf hingewiesen, dass spätestens Anfang Juli alle TourismusmitarbeiterInnen in Österreich flächendeckend und regelmäßig getestet werden. Dann sollen jede Woche 65.000 Tests durchgeführt werden.

Mehr dazu: <https://www.nachrichten.at/wirtschaft/corona-tests-fuer-hotelpersonal-in-fuenf-regionen-oberoesterreich-geht-leer-aus:art15.3260707>



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden sowie Anfragen und Interna

1. Städte und Gemeinden in OÖ fordern volle Abgeltung von COVID-19-Ausfällen

300 Millionen – so viel Geld soll den oberösterreichischen Gemeinden durch die CoV-Krise entgehen, sagt der Präsident des Gemeindebunds und Bürgermeister von Eggerding (Bezirk Schärding), Johann Hingsamer am gestrigen Sonntag, dem 24.05. Von der Bundesregierung erwarte er sich ein „deutliches Paket“. „Wir erwarten uns ein sehr gutes Paket für Investitionen, letztendlich brauchen wir diese Investitionen, damit auch die regionale Wirtschaft ihre Aufträge bekommt. Die oberösterreichischen Gemeinden verlieren ungefähr 300 Millionen Euro.“ Er sei zuversichtlich, weil die Gespräche auf Augenhöhe verlaufen. „Ich glaube doch, dass das ein gutes Paket wird. Die Krise wird uns noch weiter beschäftigen. Es ist eine erste Hilfe, damit wir die unbedingt notwendigen investiven Maßnahmen auch treffen können. Der Einnahmeausfall ist doch so deutlich bei den Kommunen, dass letztendlich schon die Gemeinden gezwungen sind, den Sparstift anzusetzen“, so Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer.

Auf mindestens 100 Millionen Euro beziffert der Vorsitzende des oberösterreichischen Städtebunds und Bürgermeister von Linz, Klaus Luger, den Betrag, der bis Jahresende allein der Landeshauptstadt entgehen werde.

„Wir haben im oberösterreichischen Städtebund eine ganz klare Erwartung, dass ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland, der Bund für die Einnahmenentfälle aufkommt. Das heißt, aus allen diversen Steuern, vor allem aber auch als Ersatz für die weggebrochene Kommunalsteuer. Jetzt geht es um rasche Hilfe, das ist allen bewusst. Deswegen bin ich optimistisch, dass hier die Maßnahmen getroffen werden um nicht den Städten, sondern den Menschen in den Städten und den arbeitenden Menschen, besonders zu helfen. Wir werden nicht einmal im besten Fall mit einem blauen Auge davonkommen, denn es brechen auch in Zukunft die Einnahmen weg. Wir müssen eines tun: Wenn wir die Wirtschaft wieder ankurbeln wollen, dann brauchen wir eine Industriemilliarde, genauso wie Gelder für den öffentlichen Verkehr“, so Luger.

Mehr dazu: <https://ooe.orf.at/stories/3050098/>

2. Gemeinde Klosterneuburg verhandelt Notbudget

Auch wenn der kürzlich vorgelegte Rechnungsabschluss für 2019 neuerlich die solide finanzielle Lage Klosterneuburgs belegt – die Stadtgemeinde muss sich den neuen Anforderungen anpassen. Darum wird im Moment ein Nachtragsvoranschlag mit einem Notbudget für 2020 erarbeitet und im Jahr 2021 ein Reformbudget folgen. Mit der Konzentration auf die Kernaufgaben der Stadt als Dienstleisterin für die BürgerInnen wird Klosterneuburg seinen Teil zur Überwindung der Krise beitragen. Eine KDZ-Prognose erwartet insgesamt bis zwei Milliarden Einnahmenrückgang für die Städte und Gemeinden Österreichs. Es besteht Handlungsbedarf. Die finanziellen Spielräume aller Gemeinden Österreichs werden durch die COVID19-Krise deutlich reduziert. Laut der aktuellsten Prognose des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) im Auftrag des Städtebundes sind für die Gemeinden Österreichs Rückgänge zwischen 900 Millionen und zwei Milliarden Euro zu erwarten. Laut Mitteilung des WIFO (Institut für Wirtschaftsforschung) sind österreichweit geschätzte Rückgänge um 775 Millionen bis zu 1,1 Milliarden Euro schon für das Jahr 2020 zu befürchten. Die Stadtgemeinde Klosterneuburg regiert darauf und will der Krise dadurch begegnen, indem sie sich auf die Kernaufgaben konzentriert.

Daher wird Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager dem Gemeinderat empfehlen, die Übersiedelung in das Gebäude der ehemaligen Bezirkshauptmannschaft – das Projekt „Neues Rathaus“ – bis auf Weiteres auszusetzen. „So wie viele Familien, Privatpersonen und Unternehmen in den nächsten Wochen den Gürtel enger schnallen müssen, werden auch wir mit Vorsicht kalkulieren und unsere Ausgaben und Aufwände akribisch überprüfen. So garantieren wir Stabilität in einer unruhigen Zeit“, so Bürgermeister Schmuckenschlager.



„In diesem Sinne werde ich dem Gemeinderat der Stadtgemeinde empfehlen, das Projekt Neues Rathaus mit der Adaptierung und geplanten Übersiedelung in das ehemalige Gebäude der alten Bezirkshauptmannschaft bis auf Weiteres auszusetzen.“

Mehr dazu: <https://www.noen.at/klosterneuburg/duistere-finanzprognosen-gemeinde-klosterneuburg-verhandelt-notbudget-klosterneuburg-stadtgemeinde-klosterneuburg-corona-massnahmen-coronavirus-stefan-schmuckenschlager-206341576>

3. 20 Euro für jeden Haushalt in St. Pölten

Die Stadt St. Pölten will ab Juni mit 20 Euro pro Haushalt die eigene Wirtschaft ankurbeln. "Jeder Haushalt in St. Pölten kann bei einem St. Pöltener Unternehmen einkaufen, den Beleg ohne viel Aufwand digital oder per Post einreichen und bekommt für den Einkauf eine Summe von maximal 20 Euro retour", erklärte Bürgermeister Matthias Stadler am Freitag per Aussendung.

Der entsprechende Beschluss dazu soll in der kommenden Gemeinderatssitzung fallen. Der Bürgermeister geht von breiter Unterstützung für die 500.000 Euro teure Maßnahme aus, von der sowohl 25.000 Haushalte als auch die von der Coronakrise angeschlagenen Betriebe profitieren sollen. Die Aktion soll von 15. Juni bis Mitte August laufen. "Wir gehen davon aus, dass die Gesamtsumme, die durch diesen Impuls in die städtische Wirtschaft fließt, noch höher ist, weshalb diese Aktion besonders sinnvoll ist", so Michael Bachel vom städtischen Wirtschaftsservice "ecopoint".

Ein ähnliches Vorgehen war bereits vergangene Woche von der Stadt Wien angekündigt worden. Alle Wiener Haushalte sollen demnach Gutscheine im Wert von bis zu 50 Euro für die Gastronomie erhalten.



Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

1. Europäisches Parlament

25 Mai: Aussprache im Wirtschaftsausschuss (ECON) mit VizePräs der EU-Kom Margrethe Vestager über den vorübergehenden Rahmen für staatliche Beihilfen während cov19

AT Abgeordnete im ECON: Karas, Regner

25 Mai: Diskussion Im Frauenausschuss (FEMM) zu Bericht von MdEP Maria Noichl: *Geschlechtsspezifische Sichtweise in der cov19-Krise und der Zeit danach/ EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter*

AT Abgeordnete im FEMM: Regner (Vorsitzende), Vana, Winzig

26 Mai: Aussprache im Sicherheits-&Verteidigungsausschuss (SEDE) mit EU-Außenbeauftragten Josep Borrell – Folgen der cov19-Krise für Sicherheit und Verteidigung inkl. Desinformation und hybride Bedrohungen

AT Abgeordnete im SEDE: Mandl, Waitz

27 Mai: Sonderplenium: MFR (*mehrfähriger EU-Finanzrahmen*) und Aufbaupaket der EU nach cov19; Erklärung des Rates und der Europäischen Kommission

28 Mai: Aussprache im Handelsausschuss (INTA) mit KOM Phil Hogan über die EU-Reaktion auf die Handelsauswirkungen verursacht durch cov19

AT Abgeordnete im INTA: Haider, Winzig

29 Mai: Aussprache im Entwicklungsausschuss (DEVE) mit Dr Michael Ryan, Executive Director der WHO Notfalls Gesundheitsprogramme, zu *“Ausbruch von cov19 in Entwicklungsländern-Perspektive der WHO“*

AT Abgeordnete im DEVE: Sagartz

Mehr dazu: <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/home>

2. Europäische Kommission: zwei EU-Bürgerinitiativen während cov19-Krise

I. Die Initiative des Österreicher Klaus Sambor setzt sich für ein „bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) (**Unconditional Basic Incomes**)“ in der gesamten EU ein. Es werden vier Kriterien genannt, die ein solches BGE erfüllen soll: **universell** – es steht allen Menschen ohne Bedürftigkeitsprüfung zur Verfügung; **individuell** – es ist unabhängig vom Ehestand oder der Hausgemeinschaft; **bedingungslos** – es ist zB nicht an die Bedingung geknüpft, ein Jobangebot annehmen zu müssen; **ausreichend dotiert** – es ermöglicht einen angemessenen Lebensstandard und liegt oberhalb der Armutgefährdungsgrenze;

II. Die Initiative „Freier (Daten)Austausch (**Libertà di condividere**)“ wird von der italienischen Associazione GOIPE organisiert und von der Europäischen Piratenpartei sowie dem italienischen Piratenparteiverband unterstützt. Die OrganisatorInnen möchten verschiedene EU-Urheberrechtsrichtlinien ändern, da nach Ansicht der OrganisatorInnen diese die Freiheit des Zugangs zu Wissenschaft und Kunst ernsthaft einschränken. Es soll ein Verzicht auf Urheberrechte und verwandte Schutzrechte durchgesetzt werden, der es natürlichen Personen erlaubt, Dateien über digitale Netzwerke für den persönlichen Gebrauch und für gemeinnützige Zwecke auszutauschen.

Die OrganisatorInnen haben nun ein Jahr Zeit, um eine Millionen Unterschriften zur Unterstützung ihrer Initiativen zu sammeln und damit eine Reaktion der Kommission einzufordern.

Presse: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_840

Beide Initiativen findet man im Portal der Europäischen Bürgerinitiative: <https://europa.eu>

